

# Seniorenbeiratssitzung Dezember 2018

Das Thema „Wohnen“ bildete den Schwerpunkt in der Dezember-Sitzung des Seniorenbeirats. Um besser die aktuell in den Medien oft verwendeten Begriffe wie Milieuschutzsatzung und Vorkaufsrecht zu verstehen, hatte das Gremium Kolja Müller, Referent von Planungsdezernent Mike Josef, in die Sitzung eingeladen. Zunächst einmal stellte Müller klar, dass „Milieuschutzsatzung und Erhaltungssatzung identisch sind“ und zum Ziel haben, eine angestammte Bewohnerschaft vor Vertreibung zu schützen und bauliche Eigenarten zu erhalten. Im Herbst hatte die Stadtverordnetenversammlung für sechs weitere Gebiete Milieuschutzsatzungen (MSS) beschlossen: für Bornheim, für zwei Bereiche im Nordend, Ostend, Altstadt, Sachsenhausen-Nord und Gallus. Instrumentarien, die Kommunen bei geschützten Milieus anwenden können, sind das Vorkaufsrecht bei privaten Immobilienverkäufen sowie ein Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen und ein Zweckentfremdungsverbot. Das letztgenannte bedeutet beispielsweise, dass man Wohnraum nicht in Arztpraxen, Kanzleien, Büros umwandeln beziehungsweise nicht über einen längeren Zeitraum leer stehen lassen darf.

Allerdings kann die Stadt Frankfurt weder das Umwandlungs- noch das Wohnraum-Zweckentfremdungsverbot anwenden, da hierfür die gesetzliche Grundlage durch das Land Hessen fehlt. Somit kann die Stadt derzeit nur das Vorkaufsrecht anwenden. „Eine Erhaltungssatzung ist aber nur dann wertvoll, wenn es auch ein Zweckentfremdungs- und ein Umwandlungsverbot gibt“, so Referent Müller. Aber auch das Vorkaufsrecht werde zu wenig angewendet, sagte Kolja Müller. Denn innerhalb des Magistrats bestehe hierüber kein Konsens. Deutlich wurde das

beim Verkauf des Hauses Adalbertstraße 11 in Bockenheim, über das ausführlich in der lokalen Presse berichtet wurde. Gezielt fragte Hans-Georg Gabler (Ortsbeirat 2) nach, warum die Stadt dieses Haus nicht gekauft habe. Kolja Müller erläuterte, das Planungsdezernat habe den Kauf empfohlen, aber „das Amt für Bau und Immobilien, das dem Baudezernat angegliedert ist, hat diese Empfehlung nicht gespiegelt und den Kauf abgelehnt“ – sehr zum Verdruss des Planungsdezernats. Jedoch werde im ersten Quartal 2019 die neue Stabsstelle Mieterschutz im Amt für Wohnungswesen ihre Arbeit aufnehmen, kündigte Müller an.

Ulrich Stemmer, Wohnberater der Leitstelle Älterwerden im Rathaus für Senioren, informierte, dass er und seine Kollegen jeden Frankfurter beim barrierefreien und seniorengerechten Umbau der eigenen vier Wände, ob komplett oder Teilbereiche, individuell beraten und dafür ins Haus kommen. „Wir schauen, wo es Stolperfallen gibt und was technisch machbar ist“, erklärte der Experte. Auch kann der Berater entsprechend qualifizierte Handwerksfirmen nennen, berät beim Beantragen von Zuschüssen oder Darlehen. Wer beispielsweise Pflegegeld erhält, kann einmalig 4.000 Euro für Umbauten erhalten. Zuschüsse gibt es ebenso vom Land Hessen und Darlehen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Wer zur Miete wohnt, muss sich für Umbauten das Einverständnis des Eigentümers einholen.

Ludolf Müller (Ortsbeirat 8) regte eine stadtweite Übersicht von allen möglichen Wohnangeboten im Alter an: vom betreuten Wohnen bis hin zu Pflegeheimen, sowohl von städtischen als auch von privaten Einrichtungen. Im Internet ([www.aelterwerden-in-frankfurt.de/wohnenimalter](http://www.aelterwerden-in-frankfurt.de/wohnenimalter)) versuche die Stadt dies so aktuell wie

möglich abzubilden, allerdings sei die Stadt darauf angewiesen, dass private Anbieter ihre Informationen weitergeben, erläuterte Petra Frank, Referentin von Seniorendezerneantin Daniela Birkenfeld.

Noch ungeklärte Punkte gibt es bei der neuen Geschäftsordnung für den Seniorenbeirat. Bevor es für diese grünes Licht gibt, sollen die strittigen Punkte bei einem Gespräch mit Vertretern des Seniorenbeirats und des Rechtsamts geklärt werden, entschied das Gremium. Daneben verwies Doris Achenbach (Ortsbeirat 9) auf den von ihr mitgestalteten Internet-Auftritt des Frankfurter Seniorenbeirats: [www.senioren-auf-draht-sozialnetz.de/aw/~gdy/Frankfurt-am-Main/](http://www.senioren-auf-draht-sozialnetz.de/aw/~gdy/Frankfurt-am-Main/). Einstimmig beschloss der Seniorenbeirat einen von Bernd-Dieter Serke (Ortsbeirat 6) eingebrachten Antrag, im Öffentlichen Nahverkehr den Kurzstreckentarif von zwei auf drei Kilometer zu erweitern.

In der Dezember-Sitzung hat die Seniorenbeiratsvorsitzende Renate Sterzel klargestellt, dass sie in der Sitzung im August fälschlicherweise zum Rücktritt von Heinrich Trosch (Ortsbeirat 4) gesagt hätte, dieser sei aus „gesundheitlichen Gründen“ zurückgetreten. Dies treffe aber nicht zu.

Seit 45 Jahren besteht der Frankfurter Seniorenbeirat. Anlass genug für Heinrich Trosch zu recherchieren und eine Dokumentation zu erstellen: „Es wurde deutlich, dass sich in den letzten sieben Jahren der Stellenwert verändert hat, weg von einem beratenden Hilfsorgan des Seniorendezerneats, hin zu einer Interessensvertretung. Das ist uns ein gut Stück gelungen.“

Die nächste öffentliche Sitzung des Seniorenbeirats ist am 20. Februar, 9.30 Uhr. Infos dazu gibt es bei der Geschäftsstelle des Seniorenbeirats unter Telefon 069/212-377 22.

Sonja Thelen